

10.03.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit fordere ich Sie auf, den geplanten völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu verhindern.

Die jetzt bekannt gewordene Geiselnahme deutscher Staatsbürger im Irak wegen dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hat seine entscheidende Grundlage im völkerrechtswidrigen Verhalten der Bundesregierung und deren Unterstützung des Terrorismus, namentlich der USA und der Bush-Clique gegen die Bevölkerung in Afghanistan und im Irak.

Sollte angeblich nach dem 11. September 2001 der Einsatz von Militär in Afghanistan dem „Kampf gegen den Terrorismus“ dienen, ist heute das Resultat eine Zunahme des Terrors. Dies überrascht jedoch nicht. Schließlich fehlte dem Angriff sowohl auf Afghanistan als später gegen den Irak die völkerrechtliche Legitimation. Was da als „Kampf gegen den Terrorismus“ auftrat, stellte sich sehr schnell selbst als simpler, nur von Staaten praktizierter und tolerierter Terror heraus. Wie schon beim Überfall auf das frühere Jugoslawien wurde nur eine Propaganda für ein einseitiges Recht Deutschlands für Angriffskriege betrieben, so als hätten die westlichen Staaten, einschließlich Deutschlands, besondere Rechte beim militärischem Überfall auf andere Staaten.

Nach der UN-Charta ist dies jedoch nicht Fall. Nach Artikel 51 UN-Charta gibt es ein „naturgegebenes(s) Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“, was natürlich nicht nur für die militärisch und starken Staaten und Mitglieder der Vereinten Nationen gelten kann. Vor allem gilt es nicht für Deutschland, das von Afghanistan nicht angegriffen wurde. Und Bündnisverpflichtungen, selbst mit dem US-Terror, sollte es wohl nicht geben. Die jeweils durch Mord und Terror installierten Regierungen in Afghanistan, aber auch im Irak, sind nicht legal. Beide Staaten werden nach wie vor besetzt – allerdings von Staaten, die gerade keine Begründung für ein Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 UN-Charta vorlegen konnten: Bei Afghanistan ging es den USA offensichtlich nie um eine Gefangennahme von Bin Laden, den bis heute immer noch nur mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge am 11. September 2001 in den USA, der militärische Überfall auf den Irak baute auf Erfindungen und Lügen, welche – aus völkerrechtlicher Sicht – eigentlich den Ausschluss der USA (aber auch Großbritanniens) aus den Vereinten Nationen nach Artikel 6 UN-Charta zur Folge haben müsste. Die Berufung auf Chapter VII UN-Charta war nämlich weder von der Sache her legitim noch völkerrechtlich legal. Vielmehr diente dies nur dem Zweck, selbst gegen Grundsätze der UN-Charta zu verstoßen (vgl. dazu auch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 21.06.2005).

Deutschland paktiert nicht nur munter weiter mit den Kriegsverbrechern in den Staaten, die mit fundamentalistischen Konstruktionen einen „bösen“ und einen „guten“ Terrorismus propagieren, sondern versuchte bereits selbst bei seinem Angriffskrieg gegen das frühere Jugoslawien die Öffentlichkeit durch Erfindungen von Verbrechen gegen das Menschenrecht durch die damalige jugoslawische Regierung für eigene völkerrechtswidrige Aktivitäten zu gewinnen. Zwar ist das alles heute weitgehend – auch durch die jüngste Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs – widerlegt, Konsequenzen zogen die Abgeordneten aus der damaligen Lügenkampagne offensichtlich nicht. Sonst wäre es wohl nicht zu einer Mehrheit für den verstärkten militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan gekommen. Denn warum sollte die offizielle Begründung diesmal wahr sein?

Bedrückend ist noch zusätzlich der Umstand, dass – wie die Affäre Steinmeier zeigt – hinter den Türen der vor Geheimnisverrat geschützten Exekutive Dinge passieren, welche die Öffentlichkeit offensichtlich besser nicht erfahren soll. Zwar wollen maßgebliche Teile der jetzigen Regierung mit der Begründung „Sicherheit und Terrorismus“ immer intensiver und lückenloser die Bevölkerung überwachen, bezüglich einer Kontrolle der Regierung und deren Verhältnis und Kontakt zum Terrorismus, existiert hingegen ein dunkles Loch. Wir wissen heute nur, dass da viel gelogen wird. Und schon wieder, wird deutsches Hoheitsgebiet den USA für völkerrechtswidrige Aktivitäten zur Verfügung gestellt: So transportiert ganz ungeniert die Pentagon-Firma "World Airways" in Leipzig ihre Todesbataillone mit deutscher Zustimmung und in Hohenfels (Oberpfalz) trainieren US-Soldaten Mord und Terror – vermutlich auch gegen den Iran. Schließlich scheint auch der nun erweiterte deutsche Militäreinsatz in Afghanistan in Zusammenhang mit den geplanten Angriffskrieg gegen den Iran durch die Machthaber im Pentagon zu stehen. Wissen tun weder die meisten Abgeordneten noch die Bevölkerung Genaueres.

Das Einzige, was allerdings mittlerweile bekannt ist, ist dass die verantwortlichen Politiker der Öffentlichkeit etwas anderes erzählen als das, was im Geheimen wirklich geplant und durchgeführt wird.

Lässt sich vielleicht in Deutschland der Öffentlichkeit (noch) ohne nennenswerten Widerstand das „Blaue vom Himmel“ erzählen, funktioniert das in den Ländern, welche unter den von Deutschland aktiv unterstützen Terrorismus leiden, schon länger nicht mehr. Die Menschen in Afghanistan und im Irak, die aufgrund der deutschen Kriegsunterstützung ihre Angehörigen verloren haben, kann man nicht durch McKinsy-Propaganda belügen. Hinzu kommt noch, dass es heute nach der militärischen Besatzung sowohl in Afghanistan als auch im Irak den Menschen schlechter geht als vor der Besatzung. Dort wo früher besondere Unterdrückung, z.B. der Frau herrschte, haben sich die Kriegsparteien längst mit dieser Menschenrechtsverletzung engagiert. Hauptsache die Kasse stimmt bei diesen ganzen neokolonialistischen Kriegen. So unterstützte namentlich Rumsfeld erst Sadam Hussein, um dann zig Jahre später seine Hinrichtung zu fordern, obwohl Rumsfeld selbst Hussein nach dem Giftgaseinsatz gegen die Kurden damals als „Freund“ der USA bezeichnete.

Was als islamistischer Terrorismus im Westen gilt, ist längst zu einer Art Widerstand geworden, wo die Teile der vom Krieg betroffenen Bevölkerung zwangsläufig von der Hoffnung auf Menschenrecht und Demokratie durch die USA oder auch durch Deutschland enttäuscht wurden. Hier bei uns, mag ja der eine oder andere Abgeordnete noch glauben, dass die Tornados zum Schutz der Bevölkerung in Afghanistan eingesetzt werden sollen. Diese Entscheider über das Leben anderer sind auch nicht bei den Ermordungen dabei, welche die Bundeswehr in Wahrheit vor Ort aktiv unterstützt oder gar selbst praktiziert. Und da selbst nach offizieller Leseart jeder Mensch in Afghanistan, der sich gegen die Besetzung seines Landes durch NATO-Truppen wehrt, als Feind gilt, der zum Abschuss bei Widerstand freigegeben ist, braucht sich niemand mehr zu wundern, dass islamistische Gruppe immer mehr Zulauf bekommen. Die Bedienung rassistischer Klischees durch manche deutschen Politiker bezüglich „Ausländerrecht“, runden das Zweiklassenrecht statt Menschenrecht ab.

So hat der Verzicht auf völkerrechtliche Grundpositionen auch praktisch seine Konsequenzen. Je mehr die deutsche Regierung hierauf mit einem Anflug von Größenwahn verzichtet, umso mehr wird der Terror zunehmen und – wenn die Regierung so weiter macht – bald auch Deutschland selbst erreichen. Entführungen, wie jetzt im Irak, sind da nur der Anfang. Und was die Moral betrifft, sollte jeder Abgeordnete, sich einmal die Frage stellen, woher diese wohl kommen sollte? Wenn sich die deutsche Regierung an Mord und Terror in Afghanistan aktiv beteiligt, woher sollten da andere Völker ihre Moral hernehmen? Wie sollte der eine Mörder den anderen zu humanitären Umgang bringen? Vom Westen lernt der islamische Osten nur, dass „Frieden“ in Wahrheit Krieg bedeutet, dass das Gerede von Menschenrechte eine Lüge ist, in denen die toten Zivilisten bei deutschen Angriffskriegen nicht zählen, weil man mit zwei Messlatten misst.

Der Grund dafür liegt wohl im Geld. Ich glaube viele Abgeordnete stimmten rein aus Karrieregründen für den erweiterten Bundeseinsatz in Afghanistan, den letztlich die Mächtigen in der Wirtschaft aus Profitgründen begrüßen. Denn aus dem Blickwinkel der Kant'schen Vernunft, kann wohl niemand ernsthaft hier für mehr Krieg und Tote gestimmt haben. Die Frage ist nur, wie weit geht der offensichtlich die jetzige deutsche Politik bestimmende Opportunismus? Wenn die angepeilte Karriere in der herrschenden Politik heute scheinbar mehr zählt als irgendein Bezug zur Verfassung (ein Gewissen scheint ja immer weniger vorhanden zu sein), stellt sich die Frage nach der Grenze. Wo beginnt die Moral, wo die Gerechtigkeit, auch bezüglich des Völkerrechts? Bereits einmal gab es in Deutschland leider genügend Menschen, die selbst Hitler für einen „guten“ Menschen hielten. Gegenüber der Feldherrenmentalität eines Bushs zeigt man sich in Deutschland schon wieder unterwürfig und macht bei dessen Kriegsverbrechen mit. Ich bin allerdings sicher, dass die Verlogenheit, mit welcher deutsche Politiker von Völkerrecht und Menschenrecht reden, immer mehr durchschaut wird. Vielleicht gibt es nach der jüngsten Entführung wegen der Entscheidung im Bundestag zu Afghanistan, einige Abgeordnete, die auf den Boden der Tatsachen wieder zurückkommen und ihre Ja-Stimme bereuen und sich für eine erneute Entscheidung im Sinne des Völkerrechts einsetzen? Dies wäre ein sehr wichtiger Schritt, weg von Krieg und Terror, hin zu einer friedlichen Welt ohne Terrorismus. Deshalb: Hände weg von Afghanistan, dem Irak und letztlich auch dem Iran.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)